



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

**Christian Dürr**

Mitglied des Landtages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der FDP-Landtagsfraktion

**Wahlkreisbüro**

Brookdamm 40  
27777 Ganderkesee  
Tel.: (04222) 400 0850  
Fax: (04222) 400 0860

**Landtagsbüro**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (0511) 3030-3405  
Fax: (0511) 3030-99-3405

**Internet**

[www.christian-duerr.de](http://www.christian-duerr.de)  
[christian.duerr@lt.niedersachsen.de](mailto:christian.duerr@lt.niedersachsen.de)

Rede zum Antrag:

**Kommunale Energieversorgung gewährleisten - Monopolbildung im Strommarkt brechen**

- Antrag der Fraktion der SPD -

Drs. 15/3076 (Erste Beratung)

99. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 15. September 2006

**Christian Dürr (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Möhrmann, ich bin Ihnen für Ihre sehr ausgewogene Rede, die ich in einigen Teilen durchaus unterschreiben kann, sehr dankbar. Vor allem bin ich Ihnen dafür dankbar, dass Sie hier noch einmal deutlich gemacht haben, dass wir in Niedersachsen im Bundesvergleich mit die günstigsten, wenn nicht sogar die günstigsten Gas- und Strompreise haben. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie das in Anwesenheit des Kollegen Dehde gesagt haben. Ich sehe ihn gerade nicht mehr; wahrscheinlich ist er geflüchtet.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Vor Ihnen, was? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Das kann ja passieren. Das kann man niemandem übel nehmen.

Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie das in Anwesenheit Ihres Fraktionskollegen Dehde gesagt haben; denn der hatte am Mittwoch in der Aktuellen Stunde noch glatt das Gegenteil behauptet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU – Hans Dieter Haase [SPD]: Das haben Sie nur falsch verstanden!)

In der Aktuellen Stunde haben wir schon, wie gesagt, über das Thema Strompreise gesprochen. Ob man nun will oder nicht, eines bleibt festzuhalten: Die einzige Garantie für gerechte und vor allem gerechtfertigte Strompreise ist der Wettbewerb.

(Beifall bei der FDP)

Nur durch ihn können wir sicher sein, dass Preis und Leistung übereinstimmen. Wir müssen alles daransetzen, damit es in Zukunft einen fairen Wettbewerb auch auf dem Strom- und Gasmarkt gibt. Nur so können wir den berechtigten Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht werden.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Durch das natürliche Monopol der Netze sind die notwendigen Voraussetzungen für Wettbewerb nicht die gleichen wie in anderen Märkten. Da parallele Netze wirtschaftlich unsinnig sind, sind Anbieter darauf angewiesen, faire Preise vorzufinden, damit eben dieser Wettbewerb sichergestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit festgestellt, dass die Nutzungsentgelte, von denen Herr Möhrmann vorhin schon gesprochen hat, nicht selten überhöht sind. Hohe Netznutzungsentgelte verhindern aber, dass sich z. B. Stromanbieter untereinander um Endkunden bemühen, weil sie ihren Strom nicht wirtschaftlich zu eben diesen Kunden liefern können. Das Ziel der Bundesnetzagentur und des Energiewirtschaftsgesetzes, die Entgelte zu überprüfen und für die Kunden mittelfristig zu senken, ist daher der richtige Schritt. Insbesondere im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei den Entgelten leider sehr weit vorne. Das geht gleich doppelt zulasten der Verbraucher. Zum einen verursacht dieser Umstand erhöhte Strompreise, und zum anderen wird dadurch der Wettbewerb ausgeschaltet, was aufgrund der Monopolsituation ebenfalls zu steigenden Strompreisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher führt.

Die Gründe für die hohen Netznutzungsentgelte sind vielfältig. Ich möchte allerdings nicht bestreiten, dass es bei den verschiedenen Anbietern unterschiedlich hohe Entgelte geben kann. Dies hängt vor allem mit den unterschiedlichen Strukturen der Netze zusammen. Deshalb werden die Netze in drei Strukturklassen eingeteilt, um hier nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Wenn die Entgelte innerhalb einer Strukturklasse aber um bis zu 500 % auseinander liegen, dann muss uns das zumindest ein Anlass zum Nachdenken sein.

Ich möchte für die FDP-Fraktion eines noch ganz deutlich sagen: Im Zentrum unserer Betrachtung steht der Stromkunde. Wir wissen, dass wir ihm am besten durch die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs helfen können. Diesen fairen Wettbewerb muss es, Herr Möhrmann, auch für die Stadtwerke geben. Ich möchte ausdrücklich unterstützen, dass gerade kleinere Anbieter auf dem Strommarkt von enormer Bedeutung sind. Deshalb ist es ganz selbstverständlich, dass vor allem auch die niedersächsischen Stadtwerke nicht schlechter behandelt werden dürfen als die großen Stromanbieter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist das Entscheidende! Gleichbehandlung! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Ganz ruhig! Wir werden im Ausschuss anhand der Fakten noch ganz unaufgeregt diskutieren können.

Insofern bietet der vorliegende Antrag eine gute Gelegenheit, sich noch einmal mit möglichen Problemen bei der Regulierung der Netze durch die Bundesnetzagentur

auseinanderzusetzen. Aber, meine Damen und Herrn, auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Diese faire Gleichbehandlung ist kein Selbstzweck.

**(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)**

Sie soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern dienen und nicht den großen Stromkonzernen, meine Damen und Herren, nicht den Kommunen, aber eben auch nicht den Stadtwerken.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe ein Schreiben der Stadtwerke Soltau vorliegen. Vielleicht gibt es etwas Ähnliches auch von den Stadtwerken Hannover, Herr Meinhold; das weiß ich nicht. In dem Schreiben steht wörtlich - ich zitiere -: Bisher flossen die Vorteile aus der Ertragskraft der Stadtwerke über den steuerlichen Querverbund direkt Verlust bringenden Bereichen wie z. B. der Soltau-Therme zu. Doch diesem kommunalen Querverbund soll nun die Basis entzogen werden. Die Verluste der Soltau-Therme können dann nicht mehr abgedeckt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Jörg Bode [FDP]: Aha!)

Eines dürfen wir nicht tun. Wir dürfen nicht zulasten der kleinen Einkommen in unserem Land das Freizeitvergnügen anderer bezahlen lassen. Das ist eben nicht sozial gerecht.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Herr Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

**Christian Dürr (FDP):**

Aber sehr gern.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Dieter Möhrmann (SPD):**

Herr Kollege, ich möchte Sie gerne fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die Kosten für die Quersubventionierungen natürlich nicht im Strompreis enthalten sind, sondern dass die Stadtwerke Soltau - oder wer immer sonst das macht - im Endpreis mit anderen Anbietern konkurrieren müssen. Wenn dann etwas übrig bleibt, kann man das entweder in den kommunalen Haushalt bringen oder auch Quersubventionierung vornehmen. Das sollte man wohl nicht infrage stellen.

(Beifall bei der SPD)

**Christian Dürr (FDP):**

Herr Möhrmann, das ist eine sehr interessante Argumentation. Wenn dem denn so wäre, wie Sie gerade beschrieben haben, dass das Problem eigentlich gar nicht existent ist,

(Dieter Möhrmann [SPD]: Das ist so!)

dann stelle ich mir die Frage, warum die Stadtwerke Soltau überhaupt ein solches Schreiben aufgesetzt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Dieter Möhrmann [SPD]: Weil sie keinen Gewinn mehr haben!)

Wenn das Problem nicht existent ist

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist existent!)

- das haben Sie ja gerade wortwörtlich gesagt -, dann stelle ich mir die Frage, warum die Stadtwerke Soltau Angst davor haben, dass die Quersubventionierung - das haben Sie ja gerade wortwörtlich gesagt - in Zukunft nicht mehr erlaubt sein wird.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Weil sie keine Gewinne mehr erwirtschaften! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Der eine begreift es, der andere nicht!)

Ich will zum Schluss noch ein anderes Zitat vorbringen. Es stammt aus der *taz*, der *Tageszeitung*. Das ist wohl ein relativ unverdächtiges Blatt, wenn es vonseiten der FDP zitiert wird. Da wird der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven, Eberhard Menzel, zitiert. Er hat eine Anzeige von 20 Bürgermeisterkollegen unterzeichnet und wird mit den Worten zitiert: „Ich habe unterzeichnet, weil die Abführung der Stadtwerke an die Stadt um bis zum 30 % sinken könnte.“ Das sagt Menzel zur *taz*.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist genau der Punkt. Das ist für Liberale eben nicht akzeptabel. Die Stromkunden in Niedersachsen dürfen nicht zu Melkkühen kommunaler Haushalte werden.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Meine Güte!)

Das ist übrigens auch nicht akzeptabel im Vergleich zu Kommunen, die keine eigenen Stadtwerke haben. Das ist auch eine Frage von fairer Gleichbehandlung von Kommunen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Haben Sie schon mal kommunale Verantwortung übernommen?)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Möhrmann das Wort. Einem Fraktionsgeschäftsführer brauche ich natürlich nicht zu sagen, wie die Geschäftsordnung lautet.

**Dieter Möhrmann (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dürr, ich wollte gern versuchen, Sie aufzuklären.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aber es hilft nicht!)

Wir haben wohl gemeinsam festgestellt, die günstigen Preise in Niedersachsen sind auch auf die Konkurrenzfähigkeit der Stadtwerke zurückzuführen. Das heißt, der Endverbraucher zahlt den Preis, den er auch bezahlen würde, wenn EnBW oder sonst wer hier anbieten würde. Viele unserer Kunden haben sich nicht für Yello entschieden, weil Stadtwerke Soltau oder Stadtwerke XY günstiger sind als Yello.

(Anneliese Zachow [CDU]: Und weil wir sie vor Ort haben!)

Dann bleibt etwas übrig, bei EnBW übrigens auch. Bei EnBW geht das sonst wohin, bei den Stadtwerken XY geht das entweder in den kommunalen Haushalt oder vorher wird Quersubventionierung gemacht. Wo da der Fehler sein soll, das können Sie mir nicht klarmachen. Ich glaube, Sie haben den Eindruck, in die Stromkalkulation geht der Verlust der Therme ein. Wenn Sie diesen Eindruck haben, würde ich Sie bitten, setzen Sie sich mal mit den Stadtwerken Soltau in Verbindung und lassen Sie sich darüber einmal aufklären.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den Grünen)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Herr Dürr, Sie möchten darauf antworten. Auch Sie kennen ja die Geschäftsordnung.

**Christian Dürr (FDP):**

Herr Kollege Möhrmann, der Punkt liegt wohl an einer anderen Stelle. Frau Kollegin Zachow hat vorhin zu Recht gesagt, wenn das denn so günstig bei den Stadtwerken Soltau sei, dann könnten die, wenn sie die Quersubventionierung auf Kosten der Stromkunden nicht machen wollten, mit den Endpreisen noch günstiger sein.

(Walter Meinhold [SPD]: Die Stadtwerke dürfen nicht verdienen, sagen Sie!)

- Das habe ich überhaupt nicht gesagt, Herr Kollege Meinhold. Ich habe gesagt, es kann nicht angehen, dass auf der einen Seite bei den Stadtwerken Gewinne gemacht werden, welche die Stromkunden bezahlen, um dann das Freizeitvergnügen von anderen Leuten zu finanzieren. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann am Ende nicht angehen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf Hans- Dieter Haase [SPD]: Vattenfall darf Gewinne machen, Herr Dürr! – Zuruf von der SPD: Schöner kann man die FDP Positionen nicht verteidigen!)

[...]

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dürr noch einmal zu Wort gemeldet. Sie haben noch eine Minute.

**Christian Dürr (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Meinhold, ich will noch einmal versuchen, Ihnen deutlich zu machen, um was es eigentlich geht. Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten damit, dass Stadtwerke wie privatwirtschaftliche Unternehmen im Wettbewerb Gewinne machen. Das ist völlig in Ordnung. Das ist das Ziel unternehmerischen Handelns. Ich habe keine Probleme damit, wenn diese Gewinne beispielsweise in die Soltau-Therme, eine Kunsthalle oder ein Museum fließen. Darum geht es letztendlich nicht, auch wenn die Gewinne nicht versteuert werden, weil die Soltau-Therme zu den Stadtwerken Soltau gehört und die Gewinne über den so genannten steuerlichen Querverbund zu ihr gebracht werden.

Ein Problem habe ich damit, wenn es sich um Gewinne handelt, die aus Monopolen entstehen.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Das ist der Punkt, um den es eigentlich geht.

Ich bringe ein Beispiel aus Hannover. Der Stadtteil Kronsberg ist ausschließlich über die Stadtwerke Hannover an das Netz angeschlossen. Nun können Sie sagen, dass da deshalb keiner zu einem anderen Anbieter wechselt, weil die Preise besonders gering sind. Das mag erst einmal in Ordnung sein. Aber die Preise sind vor allen Dingen deshalb gering, weil kein Anbieter die Möglichkeit hat, den Strompreis der Stadtwerke Hannover an dieser Stelle zu unterbieten.

(Zustimmung bei der CDU)

Das muss deutlich gesagt werden.

Am Ende geht es um die Verbraucher und um Wettbewerb. Vor diesem Hintergrund kann ich das Klagelied einiger Stadtwerke, die Angst um Quersubventionen haben, nicht mehr verstehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

*Quelle: Stenographischer Bericht der 99. Sitzung des Niedersächsischen Landtags,  
herausgegeben am 27.09.2006*